

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 11

Artikel: Stalin, historisch gesehen : russische Prägung, osteuropäische Differenzierung
Autor: Hecker, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164043>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Hecker

Stalin – historisch gesehen

Russische Prägung, osteuropäische Differenzierung

Dreissig Jahre nach seinem Tod ist es an der Zeit, Stalin als historische Figur einzuordnen, die einem System und einem politischen Begriff, dem Stalinismus, Namen und Inhalt gab. In der zu Recht nach ihm benannten, da von ihm entscheidend geprägten Epoche von der Mitte der zwanziger Jahre bis 1953 schürzte sich die Geschichte Russlands zu einem Knoten, einer Phase historischer Verdichtung und Entscheidung. Die kritische Zeit betraf nicht die Völker der Sowjetunion allein, sondern auch die Osteuropas und der ganzen Welt. Weltweite Wirkung, universale Geschichtsmächtigkeit sind Attribute des Stalinismus.

Was die «Geschichte» betrifft, so geht es erstens um den chronologisch-kausalen Ereignisverlauf; zweitens um die Geschichtswissenschaft; drittens um die Historiker in ihrer Aufgabenstellung, in ihrem Selbstverständnis und in ihren weltanschaulichen und politischen Bindungen.

Schliesslich die Völker Osteuropas: gemeint sind hier die Völker vornehmlich des westlichen, europäischen Teils der Sowjetunion, sowie die Völker Ostmittel- und Südosteuropas – die Völker und ihre Staaten.

Man braucht kein Historiker zu sein, um heute zu wissen, wohin die russischen Revolutionen des Jahres 1917 geführt haben: Die im Oktober jenes Jahres letztlich obsiegenden Bolschewiki wollten nicht Russland, sondern die Welt revolutionieren – sie haben das auch erreicht. Nur sieht die Revolutionierung der Welt in ihren bisherigen Ergebnissen anders aus, als die Revolutionäre von damals sie sich vorgestellt hatten, und anders, als viele uns heute einreden.

Die Weltrevolution zeigt sich heute in einer historisch einmaligen Situation: Die Welt ist prinzipiell bestimmt von ihrer Spaltung in zwei politische und militärische Lager. Diese beiden Lager sind imstande, nicht nur einander, sondern alles Leben auf der Erde in Frage zu stellen. Wir erleben zur Zeit, wie die Erkenntnis dieser allgemeinen, existentiellen Bedrohung das Bewusstsein der Menschen und ihr Verhalten zu verändern beginnt.

Es handelt sich um einen revolutionären Prozess im Weltmassstab, von dem wir nicht sagen können, wo und wie er enden wird.

Entwicklung zur Weltmacht

Wir können nur vermuten, in welcher Phase dieses Prozesses wir uns zur Zeit befinden. Die historische Voraussetzung dazu war jedoch, dass Russland zu einer Weltmacht wurde, zur einzigen Macht, der es gelingen konnte, die USA als etwa gleich alte Weltmacht in Frage zu stellen. Dieses gegenseitige In-Frage-Stellen bestimmt unsere Situation. Dass Russland zu einer solchen Weltmacht wurde, verdankt es der Revolution Trotzki's und Lenins im Oktober 1917 nur in einem ersten Schritt. Die entscheidende Entwicklung vollzog sich in der neuen Entfaltung der gewaltigen russischen Staatlichkeit, deren sozialer und ökonomischer Fundierung und deren politischer und militärischer Ausstattung. Diese Entwicklung wurde von Lenin in Ansätzen eingeleitet, möglicherweise entgegen seinen Überzeugungen. Vorangetrieben, bis auf den Gipfelpunkt gebracht und mit allen ihren dialektischen Widersprüchen dauerhaft gemacht hat sie Stalin.

Hat Stalin Lenin fortgesetzt oder sein Werk verfälscht? Diese Frage ist üblich, aber falsch gestellt. Es geht nicht darum, ob Stalin fortsetzte oder verfälschte. Das ist vor allem die ideologische Argumentation vergangener innersowjetischer Machtkämpfe der zwanziger und dreissiger Jahre gewesen. In der heutigen *historischen* Bewertung müssen wir sehen, dass Lenin zu Stalin hinführte: Das historische Ziel der Oktoberrevolution heisst nicht Lenin, sondern Stalin. Lenin stabilisierte diesseits der Revolutionsschwelle die Macht der Revolutionäre und eröffnete viele Wege. Der Weg, den der Sowjetstaat dann tatsächlich zurücklegte, auf dem er seine historische Prägung erhielt, verbindet sich mit Stalin an erster Stelle.

Die Hervorhebung Stalins gegenüber Lenin mag verblüffen, gilt doch Lenin als die bedeutendere, begabtere Persönlichkeit. Diese Wertung ist nicht zu bestreiten, doch muss man sich davor hüten, die Geringschätzung zu übernehmen, mit der Trotzki und andere Gegner von Stalin gesprochen haben. Er war kein brillanter Intellektueller. Doch müssen wir ihn am historischen Erfolg messen, und da erwies er sich allen anderen überlegen. Stalin gelang es, die Machtfrage für sich zu entscheiden. Er konnte es, indem er den marxistisch-leninistischen Revolutionismus vom Entwurf eines grossen Ziels auf ein theoretisches Grundmuster reduzierte, das zwar verbindlich blieb, aber zum Staatsritual verkam. Und er konnte die Machtfrage langfristig für sich entscheiden, weil er entschlossen den Weg seines politischen Realismus ging, des Machtstaates, des Etatismus.

Bezugspunkt Stalin

In welchem Masse Stalin die Einschätzung Russlands bestimmt hat, zeigt sich an den Kategorien, mit denen die ausserrussischen Beobachter sich ein Urteil über die sowjetische Phase der russischen Geschichte und über die aktuelle sowjetische Politik bilden.

Man spricht von Stalinismus, Entstalinisierung, Re-Stalinisierung, Neostalinismus usw. Ähnliche Begriffsbildungen gibt es nur im Falle Trotzki, Trotzismus; dieser Begriff trägt – aus der politischen Biographie Trotzki ableitbare – revolutionär-illusionistische, verantwortungsfreie Züge und bietet sich daher als Vehikel für die politischen Hoffnungen derjenigen Revolutionäre in aller Welt an, die sich noch in der Opposition befinden.

Der Begriff des Leninismus wird fast nur in einer Bindestrich-Beziehung – Marxismus-Leninismus – gebraucht. Gerade dies zeigt an, worin Lenins historische Leistung besteht: er hat den theoretischen Marxismus zu einem Instrument umgeformt, mit dem das überdimensionierte Entwicklungsland Russland zur Revolution gebracht werden konnte.

Bereits Lenin bemerkte, dass die revolutionsbedingte Schiefelage des russischen Staatswesens zugunsten des Staates korrigiert werden musste, zumindest vorübergehend. Doch seine Möglichkeiten dazu waren durch äussere Bedingungen – Intervention und Bürgerkrieg – sowie durch seine tödliche Krankheit sehr beschränkt. Als er versuchte, der erwähnten Schiefelage durch die Zwischenphase der Neuen Ökonomischen Politik wenigstens im ökonomisch-gesellschaftlichen Bereich abzuweichen, griff er in seinen Mitteln wirtschafts- und sozialpolitisch hinter seinen revolutionären Ansatz zurück. Damit konnte er den Bolschewiki die Macht erhalten, aber die Revolution nicht vorantreiben, die tiefgreifende Umgestaltung Russlands – und der Welt – nicht ins Werk setzen.

Stalin hingegen gelang dies, indem er die Revolution etatistisch begriff und Russland zunächst zur Beschäftigung mit sich selbst zwang. Dieser mit brutaler Gewalt erzwungene Prozess der inneren Entwicklung, des komprimierten historischen Nachholens in Staat und Gesellschaft, sicherte er durch eine Aussenpolitik ab, die zwar – wie seine ganze Politik – revolutionsideologisch komponiert, aber doch etatistisch instrumentiert und realpolitisch dirigiert wurde.

Stalin war derjenige unter den führenden Bolschewiki, der sich von der Hoffnung auf die Weiterführung der Revolution, auf die Weltrevolution des alten marxistischen Stils, am entschiedensten abkehrte und der am konsequentesten und realsten die praktischen Folgerungen zog. Er sah, dass Sowjetrussland sich auf unbegrenzte Zeit auf sich selbst konzentrieren

müsse, und er formulierte das Mitte der zwanziger Jahre in seiner Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande.

Drei Wege

Stalin verfolgte sein Ziel auf drei Wegen: 1. Entwicklung der staatlichen Institutionen bis zum Macht- und Zwangsstaat, mit seiner gewaltigen militärischen und politischen Ausstattung. 2. Aufbau einer industriell bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb des sowjetrussischen Staatsgehäuses. Und 3. Durchsetzung des Sowjetpatriotismus als staatsbezogener Integrationsideologie.

Die Aufgabe, die Staatsentwicklung intensiv und extensiv bis zum totalen Staat weiterzutreiben, entstand aus zwei Motiven. Das eine war das historisch überlieferte, nämlich die ungeheure geographische Ausdehnung dieses grössten Staates der Erde, die europäische und asiatische Anbindung, die Vielzahl der Nationen und Regionen. Dies alles bedurfte der Organisation und Lenkung. Das zweite Motiv resultierte aus den Schwächungen des Staates zunächst durch die Wirren des Ersten Weltkrieges, der Revolution, des Bürgerkrieges und durch alles, was damit zusammenhing. Es spielten dabei natürlich auch die Folgen der bolschewistischen Politik, der Revolutionsparolen, eine wichtige Rolle. Hier wäre als Beispiel vor allem die Hauptparole der Nationalitätenpolitik zu nennen, die Stalin entscheidend formuliert hatte: Recht aller Nationen des Zarenreiches auf Selbständigkeit bis zur Lostrennung. Dass die Polen, Finnen, Balten dieses Recht wahrnahmen, liess man noch durchgehen, es war nicht zu verhindern. In anderen Fällen – Ukraine, kaukasische Republiken – nahmen die Bolschewiki es nicht mehr hin; hier begann man, dem Staatszerfall Einhalt zu gebieten.

Die Schwächung des russischen Staates reichte in ihren Wurzeln noch hinter die Revolution zurück, weit bis ins 18. Jahrhundert hinein. Die geringe Reformierbarkeit dieses Staates war das deutlichste Zeichen seiner Schwäche – wenn sie auch weithin als Stärke verstanden wurde. Im Desaster des Krimkrieges, des russisch-japanischen Krieges wurde diese Schwäche unübersehbar. Der unbewältigte Reformdruck, der das zaristische Russland von innen her sprengte, war nicht nur ein politisches, sondern auch ein gesellschaftliches und ökonomisches Problem.

Damit kommen wir zum zweiten der genannten Stalinschen Wege, zum Aufbau der industriell bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft. Russland brauchte nicht nur die Erneuerung und effizientere Ausrüstung seiner politischen und administrativen Institutionen, sondern auch eine Wirtschaft und eine Gesellschaft, die sie zu tragen geeignet waren. Der – von nie-

mandem ernsthaft bestrittene – Nachholbedarf Russlands betraf die Industrialisierung. Ein Hemmnis war der Mangel an technischer und administrativer Intelligenz, also an Ingenieuren, Facharbeitern und Managern, gewesen. In dem Ziel gab es kaum Meinungsunterschiede innerhalb der Bolschewiki, aber auch der meisten anderen relevanten politischen Gruppen. Die Meinungsunterschiede betrafen das Wie und die Zeitspanne für die Realisierung. Bekanntlich entschied Stalin diese Frage im Sinne der kürzesten Zeitspanne und der brutalsten Methoden. Die Gründe für diese Entscheidung lagen nicht in dem Masse im äusseren Druck, wie er vorgab, sondern zum erheblichen Teil in seinem eigenen Charakter, in seinem Interesse an der Stärkung seiner Machtposition. Wie auch immer, bereits zehn Jahre nach Verkündung dieses Ziels war es erreicht, und es war, wie die Bewährungsprobe im Kriege erwies, erstaunlich elastisch und effizient. Dafür weiss man heute – offiziell – in der Sowjetunion Stalin Dank, über die gewaltigen Opfer, die es kostete, redet man nicht.

Historische Wenden

Jedenfalls stand die Sowjetunion im Kriege mit Deutschland fester, als die Welt es erwartete. Das hatte Stalin durch die ungeheure Verdichtung der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung erreicht. Dies setzte sich nach dem Kriege mit der Erweiterung des sozialistischen Lagers und mit der Auseinandersetzung mit dem Westen, dem Aufstieg zur Atommacht und zur Supermacht fort. Diese Phase kann man historisch nur mit wenigen anderen in der russischen Geschichte vergleichen, in denen ein politischer Neuansatz mit einer entsprechenden Phase der staatlichen «Verdichtung» begonnen wurde: Da ist an die Blütezeit der Kiever Rus zu denken, als mit der Christianisierung die erste russische Herrschaftsbildung ein dauerhaftes Fundament bekam und Russland Eintritt in das christliche Universum fand. Diese Zeit vom ausgehenden 10. bis zum beginnenden 12. Jahrhundert lässt sich mit den Namen der Grossfürsten Vladimir des Heiligen und Vladimir Monomach umreissen. Als zweite derartige Phase wäre das 15./16. Jahrhundert zu nennen, als die Sammlung des russischen Landes durch Moskau, die Einigung des zersplitterten Russland, im wesentlichen ihren Abschluss gefunden hatte. Unter Iwan III. tritt die innere Ausgestaltung des Moskauer Staates hervor, die seinem Enkel, Iwan IV., die Möglichkeit gibt, nach der Zarenwürde zu greifen und diese, mit allen ideologischen und politischen Ansprüchen, dauerhaft an das Moskauer Russland zu binden. Als dritte Phase ist die Herrschaftszeit Peters des Grossen anzusehen, der die Orientierung Russlands nach Westen, die schon vor ihm eingesetzt hatte, mit allen Kräften beförderte und unumkehrbar machte. Da-

nach käme als nächste – und bislang letzte – Phase die sowjetische Erneuerung und Verfestigung des russischen Staates unter Stalin.

Die ideologischen Bewegungen tragen in jeder dieser Phasen legitimatorischen Charakter. Es galt, den politischen Neuansatz, der ja im Grunde den Scheitelpunkt einer seit längerem eingeleiteten Entwicklung darstellte, der in jeder Beziehung evident wurde und unausweichliche innenpolitische Konsequenzen erforderte, ideell zu begründen und damit auch die neuen Eliten an diesen zu binden. Jeder dieser Erneuerungsschübe in der Staatsentwicklung war untrennbar mit einer bestimmten Gesellschaftsumformung verbunden, mit der Protektion neuer sozialer Gruppen und Schichten, deren der neue Staat bedurfte. Damit war ebenso die Zurückdrängung der alten Eliten verbunden, gegen die eine legitimierende Argumentation gefunden werden musste. Vielleicht darf man hier von Modernisierungsschüben sprechen.

In der Stalin-Ära lässt sich das Dialektische – möglicherweise das Paradoxe – dieser wie aller Geschichte erkennen: War der Marxismus als prononciert gesellschaftliche Bewegung entworfen worden, die den Tod allen Staates als letztes Ziel proklamierte, so geriet er in seiner ersten Realisierung, im revolutionären Russland, in die Bahnen eines umfassenden Etatismus.

Stalin, der diese Umformung vollzog, der den international konkurrenzfähigen Machtstaat unter seiner Alleinherrschaft wollte, musste, um diesen Staat wirtschaftlich betreiben und durchgreifend regieren zu können, eine neue Gesellschaft, d. h. eine neue Klasse schaffen, eben die der technischen und administrativen Intelligenz. Den Industriestaat, wenn man ihn denn wollte, konnte man ohne diese neue, in sich differenzierte Elite eben nicht haben. Mit dieser Elitenbildung, die auf einem umfassenden Bildungssystem beruht, schafft sich jedoch seither die politische Führung, die auf den Machtstaat auch nach innen setzt, ihren eigenen, historisch-dialektischen Widerspruch, dessen Wirkung zwar noch nicht überall zu erkennen, aber so allmählich wie unaufhaltsam im Gange ist.

Der Sowjetpatriotismus

Der Sowjetpatriotismus stellte das ideelle Band dar, mit dem Stalin seinen Staat und seine Gesellschaft miteinander verknüpfte. Seine Betonung des Geschichtlichen, vor allem der russischen Geschichte, entsprach der historisch angelegten, marxistischen Philosophie, in der sich ja auch Stalin bewegte, mehr aber noch der Notwendigkeit, die Begrenzung der Revolution auf Russland und ihre etatistische Umformung zu legitimieren. Von hier aus wird der radikale Schwenk in der sowjetischen Geschichtswissen-

schaft in der Mitte der dreissiger Jahre verständlich. Es kam Stalin darauf an, eine historische Kontinuität bis in die Anfänge der russischen Geschichte herzustellen, um nach dem Versagen – oder zumindest dem Aussetzen – der revolutionären Legitimation für seine Herrschaft eine andere Legitimität zu gewinnen. Auf dieses Ziel verpflichtete man die sowjetische Geschichtswissenschaft, nachdem der noch ganz am marxistischen Internationalismus und Ökonomismus orientierte Pokrovskij in Grund und Boden verdammt worden war.

Diese neue, patriotische Linie bedeutete jedoch nicht auch den Verzicht auf eine marxistisch inspirierte Methodologie und Terminologie, im Gegenteil, diese wurden verpflichtend weitergeführt. Die zweite Hälfte der dreissiger Jahre und vor allem die Kriegszeit brachten es mit sich, dass auch die weitgehend zum politischen Instrument gewordene Geschichtswissenschaft den zunächst auf das Ganze der Sowjetunion bezogenen Patriotismus, innerhalb dessen die Grossrussen schon einen gewissen Vorsprung einnahmen, zum ungehemmten grossrussischen Chauvinismus steigerte.

Dies war die Situation, als die siegreiche Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges mit den Volksdemokratien in Osteuropa ihre unmittelbare Einflussphäre erweiterte. Damit verlagerte sich der Rand des sozialistischen Territoriums weiter nach aussen, und die Massnahmen, mit denen nun dieser Rand gesichert wurde, ähnelten in mancher Beziehung denen, die der Stabilisierung der Randvölker der Sowjetunion gedient hatten: Mit der Anpassung des politischen Systems und der militärischen Absicherung ging die ökonomische und gesellschaftliche Umgestaltung einher, vor allem aber auch die Auswechslung der Eliten, zumindest und zunächst in den entscheidenden politischen Bereichen. Dem Versuch Stalins, das nunmehrige sozialistische Lager dem Sowjetsystem anzugleichen – eine Zeitlang dachte man wohl auch daran, die «Volksdemokratien» als weitere Unionsrepubliken der Sowjetunion anzugliedern –, und seinem Anspruch, die sozialistischen Staaten verbindlich zu beherrschen und zu repräsentieren, kam man im Westen – wider Willen – entgegen, und zwar durch die Bereitschaft, den übermächtigen Stalin zu akzeptieren und dies mit einem überbewerteten Totalitarismus-Modell zu begründen.

Auch dies muss kritisch gesagt werden: Liest man die Protokolle der Verhandlungen, die die Grossmächte während des Krieges über das künftige Schicksal der Völker in Ostmittel- und Südosteuropa führten, dann gewinnt man nicht den Eindruck, als habe sich schon damals auch nur einer der Verhandlungspartner vorrangig vom Respekt vor der nationalen Selbständigkeit und der historischen Tradition dieser Völker leiten lassen. Als Beispiel sei aus dem Protokoll der Konferenz von Jalta, 6. Februar 1945, zitiert. Es ging um Polen: «Roosevelt erklärt, die polnische Frage habe der

Welt im Verlaufe von fünf Jahrhunderten Kopfschmerzen bereitet. Churchill sagt, man müsse sich bemühen, dass die polnische Frage der Menschheit nie wieder Kopfschmerzen bereite. Stalin antwortet, das müsse man unbedingt.»

«Unbequemes» Osteuropa

Wenn auch die Hintergedanken der drei Grossmächter in unterschiedliche Richtungen gegangen sein mögen – ist die Haltung den Polen selbst gegenüber nicht weitgehend identisch? Polen gilt hier nur als ein Störfaktor, und sonst nichts. Wer sind und was wollen die Polen selber? Diese Frage hat minderen Rang, und die Kontinuität bis in die aktuelle Politik hinein, soweit ihr Polen nur als Vehikel antisowjetischer Politik des Westens und als Vehikel einer Ruhigstellungspolitik Moskaus dient, wird ebenso offensichtlich wie die Kontinuität des Irrtums, in dem sich die drei Gesprächspartner verfangen hatten. Andere Beispiele lassen sich in beliebiger Zahl finden.

Dem entspricht das im Westen immer noch allzu oft auftretende Zögern, mehr als die Sowjetunion im Osten Europas zu erkennen und anzuerkennen, den «Rest» unter der Rubrik Kommunismus zu subsumieren und ganz zufrieden damit zu sein, wenn die Vorherrschaft der Sowjetunion in diesem Bereich funktioniert. Wie wäre sonst das Aufsehen zu erklären, das entsteht, wenn ein Volk im östlichen Europa Bewegungen in Gang setzt, die nicht mehr als die ganz normalen Menschenrechte zum Ziel haben, und die Beruhigung, wenn die äussere Interessenharmonie mit Moskau wiederhergestellt wird? Es besteht wenig Neigung, die kleinen Völker Osteuropas – auch von wenigen Millionen – als gleichberechtigt zur Kenntnis zu nehmen, sie nicht nur in ihren Anliegen, sondern auch in ihrer Sprache, Geschichte, Kultur als der Mühe eines Studiums wert zu befinden.

Dass die Polen zur Zeit ihre hohen Schulden nicht bezahlen können, wissen mehr und überrascht weniger Menschen, als die Tatsache, dass die Polen eine grosse literarische Kultur und Tradition besitzen.

Die Ausdehnung des Stalinschen Systems blockierte in vieler Hinsicht das nationale Leben in den betroffenen Staaten: sie fixierte es sowohl auf den im – meistens mit Hilfe der Sowjetunion siegreichen – wiedererlangten Nationalstaat manifestierten Nationalismus als auch auf die Bindung an die Sowjetunion. Sie fixierte das nationale Leben, sie tötete es aber nicht ab. Davon zeugen die mannigfachen und vielfältigen Erneuerungs-, Reform- und Oppositionsbewegungen, die immer wieder durch ganz Osteuropa,

einschliesslich der Sowjetunion selbst, ziehen und auch jetzt wieder aktuell sind.

Der Übergang der osteuropäischen Staaten in den kommunistischen Machtbereich ist zu der Zeit erfolgt, in der der grossrussisch akzentuierte Sowjetpatriotismus seinen Höhepunkt erreicht hatte. In der Historiographie und in dem historischen Selbstverständnis dieser Völker wirkte sich das zunächst positiv aus: die entnationalisierte und entnationalisierende Welle, wie sie die sowjetrussische Historiographie unter Pokrovskij erlebt hatte, blieb aus. Für sie trat der Stalinsche Marxismus-Leninismus als Ideologie der nationalen Vollendung auf, als die machtvolle Bewegung, die die politischen Defizite der Nationen ausglich, die unter dem deutschen Krieg und der deutschen Besatzung gelitten hatten, und die die nationalen Sehnsüchte erfüllte, welche die Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts als Propheten der nationalen Risorgimenti formuliert hatten.

Der Risorgimento-Nationalismus hatte sich in seinen immanenten Zielsetzungen erschöpft und führte nach seiner Erfüllung geschichtsphilosophisch nicht recht weiter, zumal es sich bei seinen Trägern um säkularisierte Denker und Bewegungen handelte. Eine Ausnahme bildete auch hier wieder Polen, wo die Kirche eben diese Trägerschaft übernommen hatte und ohne grössere Reibungen eine religiös-heilsgeschichtliche Sinnggebung vermitteln konnte. In anderen Ländern, wie etwa der Tschechoslowakei, war dies nicht so möglich. Daher konnte der Marxismus-Leninismus in dieses Defizit mit seiner materialistisch fundierten, eschatologisch-universal gerichteten Geschichtsphilosophie eintreten. Damit war den aufs Nationale reduzierten Geschichtsbildern ein zunächst weiterführender Zusammenhang gegeben, ein Rahmen, der sie mit der universalgeschichtlichen Dimension verband.

Kampf der Geschichtsbilder

Die nationalhistorische Kontinuität ging dabei keineswegs verloren. Wie Stalin das sowjetpatriotische Geschichtsbild nationalhistorisch begründet und sich und sein System ausdrücklich in die grossrussische historische Kontinuität gestellt hatte, so übertrug sich diese ausdrückliche Kontinuität des nationalen Geschichtsbildes auch in der marxistisch-leninistischen Formulierung. Die – wenn man so will – stalinisierten nationalen Geschichtsbilder verharrten jedoch nicht in den Entwürfen, welche die Historiker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hinterlassen hatten. Die politische Bindung an die Sowjetunion bewirkte auch Umstellungen in den Reihen der nationalen Helden, neue Akzentsetzungen in der Interpretation und Darbietung der nationalen Geschichte seit den Anfängen. Im Falle Bulgariens

z. B. mit seiner langen Tradition der positiven Bindung an den russischen Befreier vom osmanischen Joch war dies nicht so problematisch. Für Polen wirkte sich die Umakzentuierung deutlicher aus: die unter Pilsudski noch protegierte sogenannte Jagiellonische Reichsidee, die vor allem die Verbindung Polens mit Litauen und das Hineinwirken in den russischen Bereich akzentuierte, hatte nun gegenüber der sogenannten piastischen Idee zurückzutreten, welche mit ihrer als antiwestlich interpretierten Tendenz eher der Lagermentalität des Stalinismus entsprach. Die Beispiele liessen sich noch beliebig vermehren.

Es charakterisiert die volksdemokratischen Nationalhistoriographien, dass sie das Begriffssystem des überlieferten bürgerlichen Geschichtsbildes mit dem des Marxismus-Leninismus verbanden. Dadurch wurde es möglich, die historiographischen Blockaden des tradierten romantischen Volksbegriffes, der Geschichtsmystik und des hochgetriebenen Persönlichkeitsbezuges zu überwinden. Diese Erweiterung des Kategoriensystems erlaubte es, Lücken und Defizite aufzuarbeiten. Umgekehrt führte sie aber auch zu einer neuen Eklektik im nationalen Geschichtsbild, indem sie negativ bewertete Ereignisse und Epochen dem reaktionären Klassenverhalten der historischen Protagonisten zuschrieb, sie umschrieb oder auch verschwieg. Dies zog auf die Dauer gesehen für die Historiker eine neue und noch stärkere Verengung der Themen- und Methodenpalette nach sich.

Insgesamt kann man sagen, dass die Geschichtswissenschaft in den Ländern Osteuropas nach dem Kriege die neuen politischen Verhältnisse akzeptierte und von ihnen ausging. In der Tschechoslowakei etwa war der öffentliche Konsens in diesem Sinne vergleichsweise gross – neue Forschungen lassen ohnehin die Machtergreifung der tschechoslowakischen Kommunisten nicht mehr in dem Masse als Umsturz erscheinen, wie bisher angenommen wurde. In Polen überwog vor allem die nüchterne Erkenntnis, dass sich bis auf weiteres der neue Staat in seinem territorialen Zuschnitt und seiner nationalen Fundierung nur unter der sowjetischen Hegemonie sicherstellen liesse. Bemerkenswerterweise vollzog sich jedoch der personelle Wechsel unter den Historikern so, dass in der Tschechoslowakei am Ende der vierziger Jahre eine fast geschlossen neue, junge Garde vorrückte, während sich in Polen ein Nebeneinander von Historikern der bürgerlichen Vorkriegsära und neuer, marxistischer Historiker ergab, das bis heute erhalten geblieben ist.

Legitimationswissenschaft

Die Geschichtswissenschaft in den Volksdemokratien hatte die Aufgabe zu übernehmen, die die sowjetische Geschichtswissenschaft schon länger ver-

sehen musste, nämlich Legitimationswissenschaft zu sein, die neuentstandenen politischen Verhältnisse historisch zu begründen. Es lässt sich aber auch nicht übersehen – und hier kommt die nationale Führungsstellung der Historiker wieder ins Spiel –, dass die Geschichtswissenschaftler in der nachstalinischen Ära, vor allem seit dem Beginn der Chruschtschowschen Entstalinisierungskampagne 1956, als die Federführer der geistigen Pluralisierung und Befreiung wie auch als die prominentesten Opfer der politischen Gegenschläge hervorgetreten sind.

In genau dem Masse, in dem die kommunistischen Führungen an Glaubwürdigkeit verloren, wurde es für eine wachsende Zahl von Historikern unmöglich, ihrer Legitimationsaufgabe nachzukommen. Die Überprüfung der praktizierten Politik auf ihren Realitätsbezug, d. h. auch auf ihr Verhältnis zu den historischen Interessen der Nation, liessen diese Politik als fremdorientierte Interessenpolitik oder umgekehrt als nationalpolitische Fiktion erkennen. Und diese Erkenntnis wurde vor allem in den historiographischen Werkstätten zuerst formuliert. Dort zog man schon früh die wissenschaftlich-theoretischen Konsequenzen. So war es kein Zufall, dass nach der Niederschlagung des «Prager Frühlings» 1968 der grösste Teil derjenigen Historiker ausgewechselt wurde, die nach der Errichtung der kommunistischen Macht zwanzig Jahre früher voll Elan angetreten waren. So ist es auch kein Zufall, dass es in Polen insbesondere Historiker sind, die – bei allen Absonderlichkeiten und Paradoxien der polnischen Politik – von den Zwangsmassnahmen des Kriegsrechts betroffen worden sind.

Stalin hat die Sowjetunion entscheidend geprägt und damit der sowjetischen Periode in der russischen Geschichte ihre Gestalt gegeben. Das zeigt sich schon daran, dass noch heute, drei Jahrzehnte nach seinem Tode, alle Veränderungen in der Sowjetunion am Massstab des Stalinismus gemessen werden. Ist an eine Neuauflage des Stalinismus zu denken? Stalin – das war eine historische Epoche und so einmalig wie jede historische Epoche. Die Aussicht, dass noch einmal in dieser Weise eine derartige Persönlichkeit und diese Zeitumstände zusammentreffen, die den Aufstieg dieser Persönlichkeit zur unumschränkten Macht ermöglichen, bleibt reine Spekulation. Die Frage würde wohl auch nicht so gestellt werden, wenn man sich intensiver mit dem Ganzen der russischen Geschichte beschäftigte, die wie alle andere Geschichte ein Prozess unaufhörlicher, wenn auch zeitweise stark beschleunigter oder «verdichteter» Veränderung ist. Dabei ist im Auge zu behalten, dass Stalin ohne die Kontinuität der russischen Geschichte, in die sich der georgische Diktator ausdrücklich stellte und auf die er sich berief, um seine Herrschaft, d. h. sein Verständnis des Oktobers 1917 zu legitimieren, nicht historisch bewertet werden kann.

Neue Differenzierung

Als es die Umstände am Ende des Zweiten Weltkrieges ermöglichten, ergriff Stalin seine Chance und orientierte die Staaten und Völker Ostmittel- und Südosteuropas zur exklusiven Bindung an die Sowjetunion. Dieser Eingriff in die europäische Politik bedeutete sowohl einen Einschnitt in der Geschichte des Kontinents wie in der Weltpolitik. Die übermächtige Wirkung des Stalinismus liess zeitweise in der übrigen Welt, vor allem im Westen, den Eindruck aufkommen, bei den aussersowjetischen Staaten und nichtrussischen Völkern der Sowjetunion handle es sich lediglich um marginale Varianten des einen Sowjetsystems.

Dieses Vorurteil zu durchbrechen konnte nur der wissenschaftlichen Erforschung Osteuropas gelingen, zu der die Geschichtswissenschaft einen unübersehbaren Beitrag lieferte. Es bleibt noch für lange Zeit eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Es gilt nicht nur, im Westen Unkenntnis zu beseitigen, Vorurteile zu durchbrechen, Stereotypen zu decouvrieren. Es geht auch darum, die historischen Verschleierungen, Fiktionen und Desinformationen aufzudecken, zu denen kommunistische Regierungen ihre Historiographie missbrauchen, sofern sie glauben, sich damit legitimieren zu können. Zugleich geht es aber auch darum, die wissenschaftlichen Leistungen der osteuropäischen Historiker zu erkennen, sie in das eigene Geschichtsbild einzubauen und im intensiven Austausch mit ihnen wissenschaftlich fruchtbar und politisch entkrampfend zu wirken. Hier gewinnen auch die deutsch-polnischen und anderen Schulbuchgespräche ihre Bedeutung: Man spricht gemeinsam über – auf grossen Strecken gemeinsame – nationale Geschichte. Es geht schliesslich darum, auch in diesem schwierigen und notwendigen Bereich der Aufgabe des Historikers gerecht zu werden, das Gedächtnis der Menschheit zu sein.

Doch das Gegenstück, ja die Ergänzung zum Gedächtnis bildet das Vergessen. Zur Wirksamkeit beider Elemente hat Jorge Luis Borges gesagt: «Das Gedächtnis und das Vergessen sind gleichermassen erfinderisch.» In diesem so lakonischen wie problematischen Satz drücken sich der Reiz, die Verantwortung und die Aufgabe der Geschichtswissenschaft aus.